

II- 194 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesREPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 23. Jänner 1976
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 21.891/3-7/76

37 IAB

1976 -01- 28

zu 1911

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. SCHWIMMER
und Genossen an den Herrn Bundesminister
für soziale Verwaltung betreffend Kredit-
aufnahmen durch die Pensionsversicherungs-
anstalt der Arbeiter (Nr. 19/J)

Die Abgeordneten Dr. SCHWIMMER und Genossen haben
an mich folgende Anfrage gerichtet:

- 1) War das Bundesministerium für soziale Verwaltung
als oberste Aufsichtsbehörde in allen Sitzungen
der Selbstverwaltungsorgane der Pensionsversiche-
rungsanstalt der Arbeiter im Jahre 1975 vertreten?
- 2) Wurde in den Sitzungen der zuständigen Verwaltungs-
organe der genannten Anstalt, in denen das Bun-
desministerium für soziale Verwaltung als Auf-
sichtsbehörde vertreten war, über die Aufnahme von
Krediten berichtet?
- 3) Werden die berichteten Kreditaufnahmen von der Auf-
sichtsbehörde in Evidenz gehalten?
- 4) Erhielt das Bundesministerium für soziale Verwaltung
auch außerhalb von Sitzungen der Selbstverwaltungs-
organe im heurigen Jahre von der Pensionsversiche-
rungsanstalt der Arbeiter Berichte über vorgenommene
Aufnahmen von Krediten oder wurden dem Bundesmini-
sterium für soziale Verwaltung von der genannten
Anstalt Protokolle und Berichte anderer Art über-
mittelt, aus denen die vorgenommenen Kreditaufnahmen
ersehen werden können?

- 2 -

- 5) Welche Kreditaufnahmen - aufgeschlüsselt nach Höhe, Zeitpunkt der Aufnahme und Laufzeit - im Jahre 1975 durch die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter sind dem Bundesministerium für soziale Verwaltung aufgrund der oben angeführten Gelegenheiten und Unterlagen derzeit bekannt?
- 6) Wie hoch ist aufgrund der oben angeführten Gegebenheiten die derzeitige Kreditbelastung der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter?
- 7) Wie hoch ist die Zinsenbelastung durch die im Jahre 1975 von der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter aufgenommenen Kredite und in welchem Ausmaß geht diese Belastung zu Lasten des Budgets des Bundes?

In Beantwortung dieser Anfrage beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

- zu 1) Das Bundesministerium für soziale Verwaltung als oberste Aufsichtsbehörde war in allen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane (Hauptversammlung, Vorstand, Überwachungsausschuß und Verwaltungsausschuß) im Jahre 1975 mit Ausnahme einer Sitzung vertreten.
- zu 2) In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.9.1975 wurde über die Aufnahme von Krediten berichtet.
- zu 3) Alle Kreditaufnahmen werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung in Evidenz gehalten.
- zu 4) Im Zuge der Durchführung des Bundesvoranschlages werden dem Bundesministerium für soziale Verwaltung alle Kreditaufnahmen bekannt.
- zu 5) Mit Schreiben vom 15.1.1976 hat die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter die nachstehende zu-

- 3 -

sammenfassende Übersicht über Kreditaufnahmen im Jahre 1975 dem Bundesministerium für soziale Verwaltung vorgelegt. Es wurden demnach an kurzfristigen Krediten, die jeweils zu Monatsbeginn aufgenommen und noch im selben Monat zurückgezahlt wurden, die nachstehenden Beträge aufgenommen:

April	320 Mio.S
Mai	1.190 " "
Juni	920 " "
Juli	970 " "
August	1.060 " "
September	1.450 " "
Oktober	1.330 " "
November	1.115 " "
Dezember	900 " "

An längerfristigen Krediten, die nicht mehr im selben Monat zurückgezahlt wurden, hat die Anstalt die nachstehenden Beträge aufgenommen:

Oktober	2.080 Mio.S
November	720 " "

zu 6) Zum Zeitpunkt des im Punkt 5) genannten Schreibens bestand keine Kreditbelastung der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter.

zu 7) Für die im Jahre 1975 aufgenommenen Kredite - siehe Punkt 5) - entstand eine Zinsenbelastung der Anstalt in der Höhe von rund 89,6 Mio.S. Aus dieser Zinsenbelastung resultiert eine Erhöhung des Bundesbeitrages um rund 90,9 Mio.S.

